

# BASis Info 2/2014

Neues von der Duisburger SPD-  
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

7.3.2014

Politik, die DU sagt - [www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)



Liebe Leserin, lieber Leser,

der Februar mag der kürzeste Monat des Jahres sein. In der Rückschau kommt es mir aber ganz anders vor.

Zwei Wochen lang war ich für Sitzungswochen in Berlin. Wir haben im Bundestag einen temporeichen Start hingelegt und bereits wichtige Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag angepackt. Mindestlohn und Rentenpaket, Mietrecht, Abgeordnetenbestechung, NSA, doppelte Staatsangehörigkeit, Schlussfolgerungen aus den NSU-Morden, Mietrecht, Adoptionsrecht. Eines hat mich besonders gefreut: Am 14. Februar haben wir endlich beschlossen, die Abgeordnetenbestechung unter Strafe zu stellen. Dafür hat die SPD-Bundestagsfraktion seit vielen Jahren gekämpft. Ein echter Erfolg und ein klares Zeichen gegen Korruption auch in der Politik.

Ein anderes Thema beschäftigt mich zurzeit sehr: Die Vorwürfe gegen unseren ehemaligen Kollegen Sebastian Edathy. Eben noch war er der geachtete Vorsitzende des Untersuchungsausschusses zu den Untaten der NSU.

Und im nächsten Moment werden schwere Vorwürfe gegen ihn erhoben. Die Folgen haben die Wogen in und um die Koalition hoch schlagen lassen. Ich kann nur hoffen, dass sie sich glätten – und vor allem, dass die Staatsanwaltschaft in einem ordentlichen Verfahren allen Vorwürfen gründlich nachgeht und die im Raum stehenden Vorwürfe umfassend geklärt werden.

Derweil bin ich in Berlin sehr von meiner neuen Funktion in Anspruch genommen. Als Parlamentarische Geschäftsführerin betreue ich gerade die personelle und organisatorische Neuaufstellung der SPD-Bundestagsfraktion. Zur Zeit werden etwa 200 Büroräume für SPD-Abgeordnete und Fraktionsmitarbeiter neu belegt. Zudem sind rund 40 Stellen umzubesetzen oder neu auszuschreiben. Entsprechend sieht mein Berliner Terminkalender aus.

Kaum war ich wieder zu Hause in Duisburg, erwischte uns alle - mitten in den Vorbereitungen zum Karneval - die Eskalation der Proteste in der Ukraine. Ich war froh und auch stolz, dass Deutschland mit Frank-Walter Steinmeier

wieder einen Außenminister hat, der in Krisensituationen auf die Streitenden zugeht und erfolgreich vermittelt. Gelang es ihm doch gemeinsam mit seinem polnischen und französischen Amtskollegen, ein weiteres Blutvergießen auf dem Maidan in Kiew und in anderen ukrainischen Städten zu verhindern.

Die Reaktionen der russischen Führung und die immer noch unklaren Vorfälle auf der Krim haben mich alarmiert und auch ratlos gemacht. Trotzdem halte ich es für richtig, dass unser Außenminister und die Europäische Union weiterhin alles auf die Chance einer politischen Lösung setzt - so klein das Fenster dafür auch sein mag. Die internationale Gemeinschaft muss sich völlig auf einen diplomatischen Ausweg konzentrieren, und zwar bis zur letzten Minute.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



## Doppelte Staatsbürgerschaft

Die Abschaffung des Optionszwangs und die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Kinder sind zentrale Forderungen der SPD. Bei den Koalitionsverhandlungen wurde in der letzten Nacht im Koalitionsvertrag formuliert, dass nur diejenigen, die „in Deutschland geboren und aufgewachsen sind“ vom Optionszwang befreit werden. Das stellt uns jetzt vor Probleme, denn „aufgewachsen“ ist schwer zu definieren.

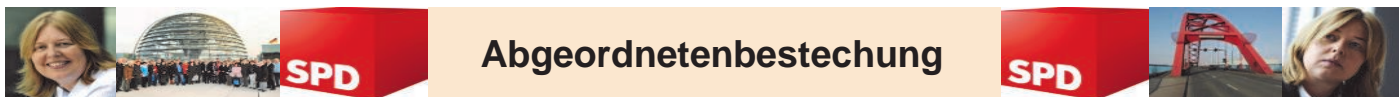
Der von Bundesinnenminister Thomas de Maizière vorgelegte Gesetzesentwurf sieht vor, dass nur Kinder, die nachweisen können, dass sie in Deutschland aufgewachsen sind, ein Anrecht auf die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Dieser Nachweis soll

durch Geburtsurkunde, Meldebescheinigungen und ein deutsches Schulabschlusszeugnis erbracht werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hält die Vorschläge von Herrn de Maizière für wenig praktikabel. Sowohl der Schulabschluss als auch eine Meldebescheinigung sind mit einem sehr hohen bürokratischen Aufwand verbunden, vor allem in Zeiten hoher Mobilität.

Zudem gibt es auch soziale und familiäre Gründe, die dazu führen können, dass ein Schulabschluss nicht erreicht wird. Gerade wir in Duisburg wissen, dass es Menschen gibt, die die zweite oder dritte Chance brauchen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass wir das Merkmal „in Deutschland aufgewachsen“ nicht eng und bürokratisch definieren,

sondern in die Begründung des Gesetzes aufnehmen und als Erläuterung verstehen.

Das Recht auf die Deutsche Staatsbürgerschaft ist aber nur eine Seite der Integrations-Medaille. Die SPD-Bundestagsfraktion ist überzeugt: Integration gelingt da, wo es die gleichen Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft, auf Bildung und Arbeit gibt. Dafür gibt es viele ermutigende Ankunfts- und Aufstiegsgeschichten. Wir sollten aus diesen Geschichten lernen. Deutschland ist ein offenes Land. Wir unterstützen ein gleichberechtigtes gesellschaftliches Miteinander. Denn Vielfalt verstehen wir auch als wichtige Zukunftsressource für unser Land.



## Abgeordnetenbestechung

In der letzten Sitzungswoche verabschiedete der Bundestag mit breiter Mehrheit ein Gesetz, wonach Abgeordnete bestraft werden können, wenn sie einen Vorteil annehmen und sich dadurch in ihrer Meinungsbildung beeinflussen lassen. Abgeordnete machen sich strafbar, wenn sie einen Vorteil fordern und als Gegenleistung weisungsgemäßes Verhalten, auch während eines Gesetzgebungsverfahrens, anbieten. Das gilt für Volksvertreterinnen und Volksvertreter auf allen politischen Ebenen, also vom Stadtrat bis zur Bundestags-

abgeordneten. Wer dagegen verstößt, dem droht eine Geldstrafe oder eine Haftstrafe von bis zu fünf Jahren.

Demokratie braucht nicht nur unbestechliche, sondern auch finanziell unabhängige Abgeordnete. Deshalb haben wir die Entschädigung und die Altersversorgung der Abgeordneten neu geregelt. Die Änderungen basieren auf den Empfehlungen einer unabhängigen Kommission, die insgesamt zwei Jahre beraten hat. [Den Bericht können Sie mit einem Klick hier abrufen.](#)

Diese sehen eine Anpassung der Abgeordnetenentschädigung an das Niveau der Besoldung von Bundesrichtern vor. Neu ist, dass sich die Diäten künftig am Nominallohnindex des Statistischen Bundesamtes orientieren. Damit entscheiden Bundestagsabgeordnete nicht mehr selbst über die Höhe ihrer Diäten. Einschnitte wird es für uns Abgeordnete auch bei der Altersversorgung geben. Der Höchstsatz wird auf 65% gesenkt und eine vorzeitige Altersentschädigung ist künftig nur noch mit Abschlägen und erst ab 63 Jahren möglich.



## Neues am Ende



Normalerweise wird an dieser Stelle erwähnt, welche jungen Duisburgerinnen und Duisburger gerade ein Praktikum in meinen Büros absolviert haben. Dazu findet sich hier ein nettes Bild - neudeutsch „Selfie“ - mit der Abgeordneten. Annalena Romahn, die im Januar Schülerpraktikantin in Duisburg und Berlin war, hat nicht nur mit ihrer tollen Leistung während des Praktikums, sondern auch mit einer anderen Geste bleibenden Eindruck hinterlassen.



Nicht zwei Töpfe voll Gold, aber voller Süßigkeiten ließ Annalena bei ihrem Abschied zurück. Seit dem erfreuen sich meine Büros noch größerer Beliebtheit bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Nachbarbüros. Und auch deren Nachwuchs hat viel Freude an Annalenas Geste. „Gut, dass jetzt die Fastenzeit anbricht,“ kommentierte das einer meiner Berliner Mitarbeiter.

## +++Auszug aus meinem Kalender+++

+++10.-14.3.: Sitzungswoche Deutscher Bundestag+++

+++ 16.02.:Jubilarenfrühstück des SPD OV-Neudorf+++

+++21.-22.3.: Klausur SPD-Bundestagsfraktion Berlin+++

+++15.02.: Heimspiel MSV gegen Holstein Kiel+++

+++17.-21.3.: Sitzungswoche Deutscher Bundestag+++

+++Alle meine Termine unter [www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)+++

## Mein Tagebuch

Letzte Woche war Karneval.

(Vielen Dank für das Bild an Peter Braczko.)



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

**Impressum:** V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607  
[baerbel.bas@bundestag.de](mailto:baerbel.bas@bundestag.de) / [www.baerbelbas.de](http://www.baerbelbas.de)